Antragsteller hinzugefügt

Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VI/2017/03582**
Datum: 15.11.2017
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Haupt, Ute
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss	08.11.2017	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	24.11.2017	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	20.12.2017	öffentlich Entscheidung

Betreff: **Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE und SPD zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Suchtberatungsstellen**

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.41431 – Suchtberatungsstellen wird der Ansatz von 285.500 € (Ergebnis vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen) auf 335.500 € erhöht.

Die Deckung erfolgt aus dem Produkt 1.1118 – Haushalts- und Finanzmanagement.

gez. Dr. Bodo Meerheim
Vorsitzender der Fraktion
DIE LINKE

gez. Johannes Krause
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Begründung:

Der geplante Ansatz für die Suchtberatungsstellen ist nicht ausreichend für die Leistung, die in der verabschiedeten Sozialplanung (Famfög) beschlossen wurde. Die erneuten Tarifsteigerungen fürs Personal bei den Suchtberatungsstellen überfordern die zur Verfügung stehenden Finanzen. Der derzeit eingestellte Ansatz würde eine Leistungskürzung im Bereich der Suchtberatung nach sich ziehen.
Die Arbeit der Suchtberatungsstellen ist eine Aufgabe der Kommune im pflichtig übertragenen Wirkungskreis. (Gesundheitsdienstgesetz § 7 (1); § 10 (3)).
Für die Präventionsfachkraft sind ebenfalls zu wenig Mittel eingestellt. Momentan liegt die Zusage eines Trägers für die Übernahme dieser Aufgabe vor. Um zu gewährleisten, dass eine Präventionsfachkraft mit tariflichen Mindeststandards eingestellt wird, muss auch an der Stelle mehr Geld eingeplant werden.

Stadt Halle (Saale) 20.11.2017
Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Sitzung des Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 24.11.2017
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 - Vorlage: VI/2017/03365 hier: Suchtberatungsstellen
Vorlagen-Nummer: VI/2017/03582
TOP: 3.5.3.2

Antwort der Verwaltung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Begründung:

Der Änderungsantrag ist aufgrund fehlender Deckung abzulehnen, da die im Haushaltsplanentwurf 2018 eingestellten Mittel im Produkt 1.11118 Haushalts- und Finanzmanagement vollumfänglich für die im Produkt 1.11118 definierten Aufgaben benötigt werden.

Katharina Brederlow
Beigeordnete